



Wortprotokoll der 35. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 22. Mai 2023, 11:00 Uhr
10117 Berlin, Wilhelmstraße 68
Jakob-Kaiser-Haus, Sitzungssaal 1.302

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP

**Mahnmal für die im Nationalsozialismus
verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas**

BT-Drucksache 20/6710

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Marianne Schieder [SPD]

Abg. Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]



Liste der Sachverständigen

Prof. Dr. Wolfgang Benz
Historiker

Prof. Dr. Detlef Garbe
Historiker

Dr. Tim B. Müller
Arnold-Liebster-Stiftung

Uwe Neumärker
Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Mende, Dirk-Ulrich Müntefering, Michelle Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klößner, Julia Kriings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
DIE LINKE.	Korte, Jan	Sitte, Dr. Petra



Tagesordnungspunkt 1

Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas

BT-Drucksache 20/6710

Liste der Sachverständigen

Prof. Dr. Wolfgang Benz
Historiker

Prof. Dr. Detlef Garbe
Historiker

Dr. Tim B. Müller
Arnold-Liebster-Stiftung

Uwe Neumärker
Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Vorsitzende: Herzlich willkommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich eröffne die 35. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien. Unser einziger Tagesordnungspunkt heute ist die öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas“.

Die Anhörung ist öffentlich, wie Sie wissen. Die Veranstaltung wird diesmal live vom Parlamentsfernsehen übertragen und ist danach dauerhaft in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufen und anzusehen. Es wird außerdem ein Wortprotokoll angefertigt, das veröffentlicht wird und dann auf den Internetseiten des Ausschusses zu finden sein wird.

Einige Sachverständige haben dankenswerterweise schon schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die ebenfalls veröffentlicht werden.

An das Publikum im Saal: Verzichten Sie bitte auf Bild- und Tonaufnahmen. Das ist nur akkreditierten Journalistinnen und Journalisten erlaubt, den anderen nicht. Bitte stellen Sie Ihre mobilen Endgeräte stumm, ich habe das auch gemacht. Das wäre sehr schön.

Der Ausschuss für Kultur und Medien und der Bundestag haben sich schon in der letzten Legislaturperiode aufgemacht und sich mit dem Thema der sogenannten vergessenen Opfergruppen des Nationalsozialismus befasst, an sie erinnert. Und das tun wir auch in dieser Legislaturperiode weiter.

Heute haben wir das Thema „Verfolgte und ermordete Zeugen Jehovas“ auf der Tagesordnung. Wir werden über die Errichtung eines Mahnmals reden und damit verbunden – davon gehe ich aus – auch über die Bedeutung und Wichtigkeit des Themas an sich.

Soweit ich das wahrgenommen habe, besteht in der Sache Einigkeit unter den Fraktionen, dass ein solches Mahnmal notwendig und längst überfällig ist. Wichtig ist, nicht nur zu beschließen, dass es ein solches Mahnmal gibt, sondern sich mit dem Thema gründlich zu befassen. Wiedergutzumachen ist leider nichts, aber man kann anerkennen, sichtbar machen und mahnen, damit so etwas nie wieder passiert. Solche Anhörungen dienen auch dazu, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.

Ich begrüße die Sachverständigen im Saal in alphabetischer und nicht in einer anderen Reihenfolge, zuerst Herrn Prof. Dr. Wolfgang Benz. Sie sind uns aus unterschiedlichen Begegnungen zu unterschiedlichen Themen schon bekannt, als Historiker und Autor. Sie sind ausgewiesener Spezialist für die Geschichte der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, und außerdem sind Sie Vorsitzender des Beirats der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Herr Prof. Dr. Detlef Garbe ist ebenfalls Historiker, hat über viele Jahre die KZ-Gedenkstätte Neuengamme geleitet und mit seiner Dissertation



über die Verfolgung der Zeugen Jehovas durch die Nationalsozialisten eine wissenschaftliche Grundlage zum Thema geschaffen.

Herr Dr. Tim Müller vertritt heute die Arnold-Liebster-Stiftung, wo er im Vorstand ist. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die Minderheiten- und Widerstandsgeschichte, insbesondere die Verfolgung und der Widerstand von Zeugen Jehovas.

Herr Uwe Neumärker ist uns auch allen gut bekannt. Er leitet als Direktor die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Er wird also wesentlich dafür mitverantwortlich sein, dass die Ziele des Antrags umgesetzt werden. Denn die von ihm geleitete Stiftung soll das Mahnmal realisieren.

Vielen Dank, dass Sie alle gekommen sind, um uns mit ihrer Expertise zu unterstützen, und herzlich willkommen im Ausschuss. Außerdem hat neben mir Frau Bering Platz genommen. Sie ist Abteilungsleiterin und vertritt heute die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Herzlich willkommen im Ausschuss.

Und jetzt ein paar technische Sachen. Der Ausschuss tagt maximal zwei Stunden. Aller spätestens um 13 Uhr müssen wir abschließen. Zunächst erhalten die Sachverständigen Gelegenheit, in fünf Minuten einen Impuls zu setzen. Ich würde Sie herzlich bitten – die meisten kennen das schon –: Halten Sie sich an den Zeitrahmen! Wir wollen möglichst viel Zeit haben, um anschließend in die Frage- und Antwortrunde gehen zu können. Eine Stoppuhr läuft mit. Das kennen die, die schon hier waren, schon, und Sie wissen auch, dass ich sehr streng auf die Stoppuhr gucke.

Im Anschluss an die Einführung geht das Wort an die Fraktionen über. Wir haben eine Block-Debatte vereinbart, das heißt, die Zeit wird in Blöcke aufgeteilt. Die beiden größeren Fraktionen – SPD und CDU/CSU – haben jeweils 18 Minuten Zeit. In diesen 18 Minuten müssen Fragen gestellt und Antworten gegeben werden.

Die vier kleineren Fraktionen haben jeweils 13 Minuten Zeit.

Da diesmal vier Fraktionen den Antrag gemeinsam eingebracht haben, werden wir nicht nach antragstellenden und anderen Fraktionen unterscheiden, sondern einfach in der üblichen Reihenfolge unserer Debatten vorgehen: SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, DIE LINKE. Um nicht noch mehr Zeit zu verlieren, bitte ich unsere Experten in alphabetischer Reihenfolge um Ihre Einführungen. B beginnt, also Prof. Dr. Wolfgang Benz, Sie haben das Wort.

SV Prof. Dr. Wolfgang Benz (Historiker): Verehrte Damen und Herren, Jehovas Zeugen waren die einzige religiöse Gemeinschaft, die geschlossen und konsequent aus ihrem Glauben heraus Widerstand gegen den Nationalsozialismus leistete. Die Bibelchristen zählten in Deutschland etwa 25.000 Seelen.

Weil sie den Hitlergruß und den Eid auf den Führer, den Wehrdienst und jegliche Tätigkeit in der Rüstungsproduktion verweigerten, wurden die Zeugen Jehovas, die sich ursprünglich Ernste Bibelforscher nannten, vom NS-Regime verboten und verfolgt, ab 1933 im Deutschen Reich, später auch in den Gebieten unter deutscher Herrschaft oder deutschem Einfluss.

Die Nationalsozialisten diffamierten die unerwünschte Glaubensgemeinschaft als Helfer des Kommunismus, und zwar unter Beifall aus den Reihen katholischer Kirchenfürsten und protestantischer Amtskirchen. Und sie wurden stigmatisiert als angeblich jüdische Sekte. Die Diskriminierung – das erscheint mir auch sehr wesentlich – überdauerte den Zusammenbruch des Hitlerstaates. In der DDR galten die Zeugen Jehovas alsbald wieder als Feinde, wurden 1950 verboten und ihrer Freiheit beraubt.

Angehörige der Glaubensgemeinschaft waren aber nicht nur Opfer. Denn sie leisteten öffentlich als Gemeinschaft und privat als Individuen Widerstand gegen die Ideologie des Nationalsozialis-



mus. 30.000 Protestbriefe aus aller Welt verurteilten 1934 das Hitlerregime. Eine Flugblattaktion erregte 1937 Aufsehen. Zeugen Jehovas solidarisierten sich auch mit anderen Opfergruppen und leisteten ihnen Hilfe. Zeugen Jehovas haben ihren jüdischen Nachbarn und Freunden Beistand gewährt. Sie haben nicht – wie die Mehrheit der Christen – geschwiegen und weggesehen, sondern haben verfolgten Juden als Mitmenschen Unterkunft und Nahrung geboten, haben sie versteckt und ihnen zur Flucht verholfen.

Ein würdiges Zeichen ist mehr als überfällig. Das erhoffte Memento entspricht in der Dimension dem bescheidenen Auftreten derer, die es errichten wollen. Auf wenig mehr als einem Quadratmeter öffentlichen Grundes an der Straße des 17. Juni soll sich eine Skulptur viereinhalb Meter hoch erheben. Der Ort ist authentisch, nahe dem Goldfischteich, an dem Bibelchristen Widerstand leisteten.

Die früheren Diskussionen über den richtigen Ort sind Geschichte – das entnehme ich dem Antrag und der Debatte des Deutschen Bundestages. Daher muss man nicht mehr über den angemessenen Ort diskutieren.

Wenn ich noch Zeit habe, will ich den authentischen Ort und was dort geschah noch plastisch machen. Der Goldfischteich im Berliner Tiergarten war ein Ort des Widerstands gegen das NS-Regime. Dort betrieb Ernst Varduhn, von Beruf Kraftfahrer, eine Stuhlvermietung. Varduhn war in leitender Position bei Jehovas Zeugen engagiert. Sein Gewerbe bot den unverfänglichen Ort als zentralen Treffpunkt, an dem Flugschriften gegen den Nationalsozialismus an Kurierern übergeben wurden. Am 22. August 1936 fand eine Razzia statt. Ernst Varduhn wurde festgenommen und in verschiedenen Gefängnissen und dem Konzentrationslager Columbia-Haus und dann in Sachsenhausen drangsaliert. 1937...

Vorsitzende: Ich würde Sie bitten, jetzt trotzdem zum Ende zu kommen. Die Uhr läuft mit. Sie können dies noch erklären, wenn Fragen kommen.

SV Prof. Dr. Wolfgang Benz (Historiker): Kein Problem.

Vorsitzende: Dann fallen wir nicht aus dem geordneten Rahmen heraus, und jeder hat seine Zeit. Als Nächsten würde ich Herrn Prof. Dr. Garbe um sein Statement bitten.

SV Prof. Dr. Detlef Garbe (Historiker): Meine Damen und Herren! Zu Recht verweist der hier heute früh zur Debatte stehende Antrag, den Sie, die vier Fraktionen, in den Bundestag eingebracht haben, auf die Intensität der Verfolgung der Zeugen Jehovas und ihre Besonderheiten. Er verweist zu Recht auf die sich schon in den 1920er-Jahren im Zusammenhang mit dem grassierenden Antisemitismus gegen die Internationale Bibelforscher-Vereinigung richtende Kampfansage von völkischen und nationalsozialistischen Kreisen, das Verbot 1933 als erste Glaubensgemeinschaft, die große Zahl von KZ-Einweisungen bereits ab 1934, den von den Zeugen Jehovas geleisteten unerschrockenen Widerstand gegen das Verbot ihrer Gemeinschaft und ihres Glaubens und auf die große Zahl von Kriegsdienstverweigerern und deren unerbittliche Verfolgung.

Dass die SS in dem von ihr Mitte der 1930er-Jahre in den Konzentrationslagern eingeführten System der Zuordnung der Häftlingsgruppen neben Rot für „Politisch“, Grün für „Berufsverbrecher“ – immer bitte in Nazi-Diktion die Anführungszeichen mitdenken! – Rosa für „Homosexuell“ und Schwarz für „Asozial“ auch für die „Bibelforscher“ mit dem Violett eine eigene Winkelfarbe vorsah, das verweist auf ihren seinerzeit in der Vorkriegszeit nicht unbeträchtlichen Anteil an der Gesamtzahl der KZ-Häftlinge. Es verweist vor allem aber auch auf die Besonderheiten der Gruppe, die es aus Sicht der SS-Lagerverwaltung gesondert zu betrachten und zu isolieren galt.

Obgleich zahlreiche Mithäftlinge der anderen Gruppen trotz weltanschaulicher Differenzen nach der Befreiung mit Wertschätzung über die konsequente Haltung und den Gemeinschaftsgeist der Zeugen Jehovas berichteten, blieb im Nachkriegsdeutschland ihre Geschichte lange Zeit unerforscht.



In der Bundesrepublik fielen die Zeugen Jehovas zwar grundsätzlich unter die Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG), doch den wegen Kriegsdienstverweigerung wehrmachtsgerichtlich abgeurteilten Zeugen Jehovas und ihren Hinterbliebenen wurde eine Entschädigung im Regelfall nicht zuerkannt. Die Justiz sah in diesen Fällen kein spezifisch nationalsozialistisches Unrecht, weil nicht der Glaube Motiv für die Bestrafung gewesen sei, sondern die nicht vorhandene Bereitschaft, den gesetzlich vorgeschriebenen Wehrdienst zu leisten.

Im Juni 1964 erklärte der Bundesgerichtshof (BGH), dass die Wehrmachtrichter auch bei der Verhängung von Todesstrafen gegen religiös motivierte Kriegsdienstverweigerer – jetzt zitiere ich – „sich ausschließlich von der Überzeugung leiten lassen [konnten], dass sie notwendig sei, um die Widerstandskraft des deutschen Volkes im Kriege zu schützen.“

Auch in anderen Zusammenhängen, bei der Verfolgung der Sinti und Roma, gibt es ähnlich erschreckende Worte des BGHs, der sich vor einigen Jahren dafür entschuldigt hat, dass Vorgänger-Richterinnen und -Richter so etwas aussprechen konnten.

In der DDR, wo ihnen zunächst noch der Status als Opfer des Faschismus zuerkannt worden war, wurden die Zeugen Jehovas Ende August 1950 erneut verboten. Wer sich für den Glauben weiter betätigte, wurde schwer verfolgt. Annähernd 6.000 Zeugen Jehovas gerieten in Haft, Hunderte von ihnen waren zuvor Häftlinge der nationalsozialistischen Konzentrationslager gewesen.

Wie bei anderen marginalisierten Gruppen im Nationalsozialismus Verfolgter ist also auch bei den Zeugen Jehovas ein nach 1945 fortwirkendes Unrecht zu konstatieren. Auch dies lässt ein Zeichen der Anerkennung ihres Verfolgungsschicksals geboten erscheinen.

Dies gilt umso mehr, als die Religionsfreiheit in den letzten Jahren verstärkt weltweit Bedrohungen ausgesetzt ist. In der Russischen Föderation

erklärte der Oberste Gerichtshof im April 2017 die Aktivitäten der Zeugen Jehovas für extremistisch und illegal, und mit dem Verbot setzte auch dort eine Verfolgung von Glaubensangehörigen ein.

Trotz der in der Bundesrepublik in den letzten zwei Jahrzehnten durch Jehovas Zeugen juristisch durchgesetzten Anerkennung als Körperschaft des Öffentlichen Rechts und damit ihrer Gleichstellung mit anderen Religionsgesellschaften ist der Blick auf diese Sondergemeinschaft bis heute von Ressentiments geprägt, die sich unter anderem aus der eschatologisch bestimmten Glaubenslehre, den ungewöhnlichen Missionspraktiken und dem exklusiven Wahrheitsanspruch speisen. Ich sehe, sie sind beim Knopf...

Vorsitzende: Tut mir leid, aber wir werden später genug Zeit haben. Und möglicherweise schaffen wir es ja auch dann noch, das ein oder andere Wort nach der Fraktionsrunde hören zu können, wenn wir zwei Stunden Zeit haben. Als Dritter Herr Dr. Tim Müller. Bitte schön.

SV Dr. Tim B. Müller (Arnold-Liebster-Stiftung): Vielen Dank. Meine Damen und Herren, unter den vielen Zeugnissen, die vom Mut und der Menschlichkeit der im Nationalsozialismus verfolgten Zeugen Jehovas berichten, sind neben vielen Erinnerungen von Sinti und Roma, jüdischen, kommunistischen, homosexuellen und anderen Verfolgten auch Aussagen aus dem politischen Widerstand.

Männer des Kreisauer Kreises wie Helmuth James Graf von Moltke oder Peter Bielenberg bewunderten den christlichen Widerstand der unpolitischen Zeugen Jehovas. Von Bielenberg stammen die Worte „Bibelforscher – unglaublicher Mut“. Der Sohn Carl Friedrich Goerdelers sprach von den „noblen Zeugen Jehovas“. Weil diese Anerkennung in Vergessenheit geraten ist, sind wir gewissermaßen heute hier.

Die verfolgten Zeugen Jehovas waren eine klar definierte Opfergruppe im Nationalsozialismus. Sie waren unter den ersten Verfolgten, sie wurden – wie schon gehört – durch die SS mit dem lila



Winkel in den Konzentrationslagern als eigene Gruppe markiert, treten auch in den Berichten anderer Verfolgter schon damals als eigene Gruppe deutlich hervor.

Die historischen Konturen ließen sich umfassend beschreiben. Die europäische Dimension der Verfolgung sei auch angesprochen und die mindestens 1.750 Todesopfer.

Nur ein kurzer Blick auf die historische Signifikanz: die besondere Bedeutung in den Konzentrationslagern, die Stellung als Kriegsdienstverweigerer, die starke Präsenz von Frauen, die selbstlose Hilfe für andere Verfolgte innerhalb und außerhalb der Konzentrationslager.

Gerade durch ihre Kriegsdienstverweigerung haben sie auch die politische Kultur der Bundesrepublik mitgeprägt. Bei den Beratungen zu Artikel 4 Grundgesetz wurde auch auf den Widerstand, die Kriegsdienstverweigerung der Zeugen Jehovas, verwiesen. Anerkennung dafür haben sie nie erfahren.

Prof. Dr. Detlef Garbe hat es schon dargelegt: Sie galten als gruppenverfolgt im Entschädigungsrecht. Dennoch mussten sie vielfach um kleine Wiedergutmachungsbeträge vor Gericht streiten. In der DDR kam 1950 mit dem Verbot auch die Aberkennung des Status als Opfer des Faschismus. Und gerade das, was uns heute so bemerkenswert erscheint, die Kriegsdienstverweigerung, war – wie dargelegt – bis in die 1990er-Jahre nicht entschädigungswürdig.

Unmittelbar nach Kriegsende findet sich aus allen politischen Lagern in Deutschland und Europa große Anerkennung für diese verfolgten Zeugen Jehovas. In den Jahrzehnten danach wurden sie mit anderen zu den vergessenen Opfern – durch Verdrängung und verspätete Aufarbeitung der NS-Verbrechen, aber wohl auch, wie bei Sinti und Roma, weil Experten den Diskurs zu dominieren wünschten, die diese Aufarbeitung blockierten. Dieser so lange verweigerten Anerkennung kann und sollte die Bundesrepublik Deutschland nun entgegenwirken, indem sie ein sichtbares Zeichen

in Form eines Denkmals gegen das Vergessen setzt.

Die verfolgten Zeugen Jehovas verteidigten im Kern ein Christentum, das auch im Angesicht des Todes an der Bergpredigt und den zehn Geboten festhielt, eine antitotalitäre, christliche Ethik der Menschenwürde. Wie viele andere, derer wir als Teil des Widerstands und als stille Helden gedenken, verfolgten sie kein politisches Ziel. Worauf es in diesen dunkelsten Tagen der deutschen und europäischen Geschichte ankam, das war, mit Mut und Menschlichkeit dem nationalsozialistischen Anspruch entgegenzutreten. Es hätte die ganze Terrorherrschaft zum Einsturz gebracht, wenn diesem Vorbild viele gefolgt wären. Die Nationalsozialisten wollten – in den Worten Hannah Arendts – bestimmen, „wer die Erde bewohnen soll und wer nicht“.

Die verfolgten Zeugen Jehovas traten dem entgegen, im Alltag einer totalitären Diktatur, in den Konzentrationslagern, vor nationalsozialistischen Gerichten, im Angesicht des Todes. Diesen Opfern ein Denkmal zu setzen ist darum vielleicht nicht nur eine spät angenommene Pflicht der Bundesrepublik, sondern auch eine Ehre für diesen Staat. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Uwe Neumärker, bitte.

SV **Uwe Neumärker** (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Deutschlands): Nach über einem Jahrzehnt intensiver Debatten beschloss der Deutsche Bundestag am 25. Juni 1999 die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas im Herzen Berlins. In diesem Beschluss heißt es auch: Die Bundesrepublik Deutschland bleibt verpflichtet, der anderen Opfer des Nationalsozialismus würdig zu gedenken.

Anfang des Jahres 2000 wurde eine Bundesstiftung für das Holocaust-Mahnmal gegründet. Sie hatte folgerichtig von Anfang an den gesetzlichen Auftrag, dazu beizutragen, die Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus und ihre Würdigung in geeigneter Weise sicherzustellen.



Denn auch wenn der Holocaust, die Ermordung von sechs Millionen jüdischen Kindern, Frauen und Männern und die beabsichtigte Vernichtung des europäischen Judentums, ein Alleinstellungsmerkmal unter den deutschen Massenverbrechen im besetzten Europa hat, so übernimmt Deutschland die moralische Verantwortung für alle Opfer des Nationalsozialismus.

Aus diesem Grunde ehrt das Parlament seit 1996 sie alle zusammen am 27. Januar eines jeden Jahres. Aus diesem Grunde hat die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Hauptstadt nationale Denkmäler für die verfolgten Homosexuellen, die ermordeten Sinti und Roma und die Opfer der „Euthanasie-Morde“ errichtet.

Im Sommer 2019 kamen schließlich Vertreter der Zeugen Jehovas auf die Bundesstiftung zu, die diese Denkmäler betreut, und äußerten den Wunsch nach einem eigenen Mahnmal im Berliner Tiergarten.

Die Zeugen sind die einzige Religionsgemeinschaft, die vom ersten Tag der nationalsozialistischen Diktatur an entschiedenen Widerstand gegen das Regime geleistet und anderen bedrängten Menschen geholfen hat aus tiefer religiöser Überzeugung, geleitet allein von Mitmenschlichkeit. Sie wurden verfolgt, in Konzentrationslager gesperrt, ermordet im Deutschen Reich wie in den meisten besetzten Gebieten.

Die Sinteza Zilli Schmidt erinnert sich in ihrem Buch „Gott hat mit mir etwas vorgehabt“: „In Ravensbrück gab es (...) auch viele Zeugen Jehovas. Die haben sich für ihren Glauben aufhängen lassen, die hätten bloß sagen müssen: 'Wir gehen ab von unserem Glauben', da wären sie entlassen worden. Nein, das haben sie nicht gemacht, die haben sich aufhängen lassen. (...) Das waren die besten Menschen, die Zeugen Jehovas. (...) Das waren für mich die wertvollsten Menschen, die Zeugen Jehovas mit ihrem Glauben.“ Zilli Schmidts Einschätzung ist keine Ausnahme, im Gegenteil. Jehovas Zeugen können als das moralische Rückgrat in den Konzentrationslagern bezeichnet werden. Mindestens 1.700 weibliche und männliche Zeugen verloren

durch die nationalnationalsozialistische Gewaltherrschaft ihr Leben.

Das geplante schlichte Kunstwerk, das die Ermordeten und die traumatisierten Überlebenden, deren Leid sich in der DDR fortsetzte, ehren soll, ist überfällig. Es würdigt den Mut der Zeugen Jehovas während des Nationalsozialismus und setzt zugleich ein Zeichen für Empathie, für religiöse Toleranz und gegen die Ausgrenzung von Minderheiten in der Gegenwart.

Alle demokratischen Fraktionen des Deutschen Bundestages sollten sich verpflichtet fühlen, dieses erinnerungspolitisch herausragende Anliegen zu unterstützen und möglichst bald umzusetzen. Danke schön.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir beginnen mit den Blöcken der Befragung und der Antworten durch die Fraktionen und Sachverständigen. Es beginnt für die SPD Frau Abg. Schieder.

Abg. **Marianne Schieder** (SPD): Danke schön, Frau Vorsitzende. Ich darf Ihnen zunächst persönlich, aber auch im Namen meiner Fraktion, danken für Ihren Input zu dieser Anhörung und hätte zwei Fragen an Herrn Neumärker und an Herrn Dr. Müller.

Uns geht es natürlich darum, mit diesem Denkmal ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen der Verbeugung vor den Opfern. Aber es geht uns auch darum, mit diesem Denkmal Wissen und Informationen weiterzugeben – einmal natürlich über das, was im Nationalsozialismus geschehen ist, aber auch darüber hinaus, wie die Verfolgung der Zeugen Jehovas weitergegangen ist. Es ist von Herrn Prof. Dr. Benz schon gesagt worden, wie die Verfolgung in der ehemaligen DDR weiterging. Aber es war ja auch in Polen so. In der alten Bundesrepublik Deutschland war es zwar keine rechtliche Verfolgung, aber trotzdem gab es doch in der Breite der Gesellschaft eine große Distanz zu den Zeugen Jehovas, so will ich es mal formulieren, um es vorsichtig auszudrücken.



Wie kann man sich vorstellen, dass mit diesem Denkmal die Weitergabe dieser Informationen und dieses Wissens gestaltet werden kann, um dazu beizutragen, dass so etwas heute nie mehr passieren kann?

SV Uwe Neumärker (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Deutschlands): Danke, Frau Abg. Schieder, für Ihre Frage. Natürlich ist ein Denkmal erst einmal ein Symbol, ein Ausdruck unserer Verantwortung, eine Würdigung der Opfer. Aber Gedenken bedarf der historischen Aufklärung. Darin sind wir uns, denke ich, alle einig. Das gilt für alle Opfergruppen des Nationalsozialismus. Das gilt für die vier Denkmäler, die wir bisher betreuen und auch für dieses fünfte Denkmal für die Zeugen Jehovas.

Wir müssen über pädagogische Programme nachdenken. Wir wollen dieses Denkmal, dieses Kunstwerk, natürlich durch Informationstafeln ergänzen. Aber das ist ein Prozess, den wir anstoßen müssen. Wir haben bereits eine Veranstaltung zum Thema gehabt, und wir müssen darüber aufklären, wer diese Menschen sind, woran sie geglaubt haben, woran sie glauben, und was ihnen diesen Mut gegeben hat.

Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, diese Menschen zu würdigen, und zwar über Veranstaltungen wie Lesungen und Buchvorstellungen, aber auch über Veranstaltungen am Denkmal selbst. Zum Beispiel wird es am 24. Juni, dem 90. Jahrestag des Verbots der Zeugen in Preußen und damit im Deutschen Reich, eine Intervention am geplanten Standort des Denkmals geben. Wir wollen Aufmerksamkeit schaffen.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir auch dazu beitragen, dass sich – ähnlich wie bei den Sinti und Roma – die Gemeinschaft öffnet und uns erzählt, was sie denkt, was sie fühlt. Das ist ein sensibler Prozess. Aber ein Denkmal ist der Anstoß dafür, diese historischen Informationen in die Öffentlichkeit zu bringen und Empathie für die Opfergruppe zu schaffen.

SV Dr. Tim B. Müller (Arnold-Liebster-Stiftung): In dieser Hinsicht kann ich vielleicht noch ergänzen: Das Denkmal ist für eine europäische Opfergruppe, auch wenn die deutsche Opfergruppe im Zentrum steht und die größten Zahlen stellt. Es bietet die Gelegenheit und den Anstoß, diese europäische Dimension vergleichend noch stärker herauszustellen, sei es in pädagogischen Angeboten, die einzelne Biografien aus Europa in den Mittelpunkt stellen, sei es durch Forschungsprojekte, auch deren Sichtbarmachung etwa in elektronischer Form, die europaweit die Verfolgung erkennen lassen.

Vorsitzende: Herr Abg. Lindh.

Abg. **Helge Lindh** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe zuerst zwei Fragen an Herrn Dr. Müller. Ich mache einmal einen Sprung in die Gegenwart und sage, was mich schwer beeindruckt hat. Auch in der Gegenwart erleben wir Hassrede in Form von Rassismus, Beschimpfungen oder Ähnlichem. Ich persönlich habe die Erfahrung bemerkenswerter Solidaritätsbekundungen und Unterstützung aus den Reihen der Zeugen Jehovas gemacht. Sie agieren bewusst nicht politisch, bekunden das aber aus ihrem christlichen Motiv heraus.

Das finde ich bemerkenswert und schlage dabei die Brücke in die Vergangenheit. Denn anders als bei anderen christlichen Formen des Widerstands, etwa der Bekennenden Kirche, war bei den Zeugen Jehovas eine dezidierte Stellungnahme gegen Rassismus und Antisemitismus aus ihrem Bekenntnis heraus erkennbar. Es ist wichtig, diese Erkenntnis deutlich zu machen, übrigens auch als Selbstvergewisserung innerhalb des christlichen Widerstands. Dieser steht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Wie könnte dieses Spezifikum aus Ihrer Sicht deutlich gemacht werden?

Es hat lange gedauert, etwa in Bezug auf die Bekennende Kirche, dass das Thema Antisemitismus als ein blinder Fleck deutlich wurde. Teile der Bekennenden Kirche – man muss es so nüchtern sagen – haben antisemitische Positionen geteilt, auch wenn man sich gegen den nationalsozialistischen Staat aussprach.



Wie kann man diese besondere Spezifität auch im Kontext der Formen des christlichen Widerstands deutlich machen?

Die zweite Frage ist an Herrn Neumärker gerichtet. Wir erinnern jetzt gerade an die Entstehung des Grundgesetzes, an die Paulskirche und so weiter. Die Verweigerung des Kriegsdienstes und die Haltung gegen Krieg war eine wichtige Positionierung der Zeugen Jehovas, die in das Selbstverständnis bei der Gründung der Bundesrepublik Eingang gefunden hat. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen Beitrag der Zeugen Jehovas für das Selbstverständnis der Bundesrepublik zu verdeutlichen? Das hat sich so bisher noch nicht herumgesprochen.

Im Rahmen dessen habe ich eine weitere Nachfrage. Wenn wir ehrlich miteinander sind, sind wir alltäglich umgeben von verächtlichen Äußerungen, der Herabwürdigung, auch des lächerlich Machens der Zeugen Jehovas aufgrund ihrer Auftrittformen, auch gelegentlich im medialen und politischen Raum. Mit welchem Ansatz könnte man einen Paradigmenwechsel in der Breite der Bevölkerung bewirken?

SV Dr. Tim B. Müller (Arnold-Liebster-Stiftung): Vielen Dank, Herr Abg. Lindh. Dann beginne ich zu dem Thema Rassismus, Antisemitismus. Sie haben den Bezug zu anderem christlichen Widerstand genannt. Gerade bei der Bekennenden Kirche wissen wir mittlerweile, dass es auch da ein sehr vielschichtiges Bild ist. Umgekehrt wurde das übrigens auch von den verfolgten Zeugen Jehovas wahrgenommen. Sie haben in einem Buch mit dem Titel „Kreuzzug gegen das Christentum“ 1938 auch einzelnen Widerstand besonders mutiger Vertreter der Bekennenden Kirche gewürdigt. Das ist selten wahrgenommen worden.

In der schriftlichen Stellungnahme habe ich eine Gestapo-Denkschrift von 1936 zitiert, in der die Lehre der Zeugen Jehovas und Bibelforscher richtig erfasst wurde: „Alles, was Menschenantlitz trägt, ist gleich.“ Aus einem theologischen Gedanken der Gotteskindschaft heraus wurde ganz explizit jede Form des Antisemitismus verurteilt. Begriffe dafür waren etwa „Judenhass“

und „Rassenhass“. Auch wurde im Schrifttum jede Form des Rassismus verurteilt. Das schloss übrigens teilweise auch Äußerungen zum Kolonialrassismus in den 1920er- und 1930er-Jahren ein. Das ist eine sehr deutliche Linie, die sich ganz ausdrücklich aus dem eigenen christlichen Selbstverständnis speiste. Sie wurde auch handlungsmächtig, sie war nicht nur rhetorisch. Das ist ein Thema, das zurzeit verstärkt entdeckt wird: Zeugen und Zeuginnen Jehovas auch als Helfer und Helferinnen von jüdischen Verfolgten.

SV Uwe Neumärker (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Deutschlands): Danke für die Fragen, Herr Abg. Lindh. Das ist natürlich eine riesige Dimension, die Sie da aufmachen. Man muss erst einmal deutlich machen, wie dieses Grundgesetz entstanden ist. Und man muss – das klingt vielleicht etwas banal – dieses Grundgesetz mehr in die Gesellschaft tragen. Ich glaube, wir müssen mehr über das, was in diesem wunderbaren Grundgesetz steht, aufklären, etwa über Artikel 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Das steht hier zwar in einem wunderbaren Kunstwerk von Karavan. Aber diese Aufklärung müssen wir leisten. Das ist Menschenrechtserziehung, von der wir hier sprechen. Das ist Werteerziehung, Toleranzerziehung. Das können wir als Stiftung nicht alles leisten. Das muss in den Schulen beginnen, eigentlich schon in den Kindergärten, und in den Schulen muss es sich fortsetzen. Auch in der Ausbildung, etwa in der Berufsausbildung, muss das seinen Raum finden.

Dass die Zeugen Jehovas noch immer lächerlich gemacht werden, ist nicht einmal nur die Spitze des Eisberges. Wir reden von Minderheiten-Verächtlichmachung. Das gilt für die Homosexuellen genauso wie für die Sinti und Roma. Wir haben ein Problem mit Antisemitismus in diesem Land. Wir haben prinzipiell ein Problem des lächerlich Machens von Minderheiten, der Diskriminierung von Minderheiten, der Hassrede über Minderheiten.

Nun ist die Frage, wie man Minderheiten definiert. Das ist immer die große Frage.



Irgendwo sind wir alle Minderheiten. Es geht um die große Mitmenschlichkeit, die großen Werte von Freiheit und Anerkennung des anderen, so wie er ist. Das Attentat neulich in Hamburg hat ja deutlich gemacht, dass hier in diesem Land, auch in den öffentlich-rechtlichen Medien, ein Problem besteht. Sofort wurden die alten Klischees wieder abgerufen. Deswegen haben die Stiftung Denkmal und die Arnold-Liebster-Stiftung darauf sofort reagiert.

Man kann ja die Opfer nicht dafür schuldig machen, wer der Attentäter ist. Das war so. Um dem entgegenzuwirken, wird ein Denkmal nicht reichen. Niemals. Auch alle pädagogischen Programme um dieses Denkmal herum werden nicht ausreichend sein. Es muss gesellschaftlicher Konsens werden, dagegen vorzugehen.

Meine Befürchtung ist, die Verrohung in unserer Gesellschaft, auch die sprachliche Verrohung, schreitet fort. Dem müssen wir, müssen alle Demokratinnen und Demokraten, tagtäglich entgegenwirken. So banal das klingt, aber das ist unsere Aufgabe. Denkmäler, die wir haben, müssen Anstoß dafür geben. Aber wir müssen uns auch das Leid der anderen Opfergruppen bewusst machen. Darüber hinaus müssen wir uns bewusst machen, in welcher wunderbaren Demokratie wir leben. Wir müssen sie aber verteidigen.

Abg. **Marianne Schieder** (SPD): Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Dr. Müller und an Uwe Neumärker. Es gibt ja bestimmte Vorstellungen vom Aussehen dieses Denkmals. In der Arnold-Liebster-Stiftung hat man sich dankenswerterweise schon Gedanken gemacht. Vielleicht könnten Sie dazu noch ein paar Ausführungen machen. Es ist natürlich gut, wenn das Denkmal aus dem Kreis der Betroffenen, der Community, heraus gestaltet wird oder die Gestaltung mitgetragen wird.

SV **Dr. Tim B. Müller** (Arnold-Liebster-Stiftung): Ich kann als Historiker natürlich nicht für den Künstler sprechen, aber Herr Prof. Dr. Benz hat die Grunddimension schon angedeutet: ein Fußabdruck von einem Quadratmeter am historischen Ort im Tiergarten, der in Berlin eines der

Zentren des Widerstands der Zeugen Jehovas war; eine Bronzeskulptur, die sowohl an ihrer Oberfläche die Verletzungen sichtbar macht als auch durch ein lebendiges Material das Weiterleben und Überstehen verkörpert. Der Entwurf ist auf große Zustimmung, auch unter Überlebenden, gestoßen. Das kann ich in aller Kürze sagen. Weiteres könnte sicher der Künstler darlegen.

SV **Uwe Neumärker** (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Deutschlands): Da kann ich nur ergänzen. Es ist ein abstraktes Kunstwerk, das sich in die Landschaft einpasst. Dass sich Vertreter der religiösen Gemeinschaft oder Vertreter der Opfer in diesem schlichten Kunstwerk wiederfinden, ist das beste Argument. Aber es ist ja kein Denkmal für die Zeugen Jehovas. Es ist ein Denkmal der Bundesrepublik Deutschland. Es richtet sich an uns alle. Wir müssen dieses Denkmal annehmen, und es wird Zeit, dass wir es errichten. Ich bin sehr froh, dass wir mittlerweile so weit sind. Und wenn der Deutsche Bundestag es möglicherweise bald beschlossen hat, sollten wir alles dafür tun, dass wir es möglichst bald umsetzen.

Abg. **Helge Lindh** (SPD): Ich hätte noch eine Nachfrage an Herrn Dr. Müller, Bezug nehmend auf den letzten Punkt, den ich an Herrn Neumärker adressiert hatte. In Wahlkämpfen, manchmal auch zwischendurch, klingeln wir an Türen. Ein Topos der Diskriminierung ist, dass es dann immer irgendwelche Bemerkungen gibt. Die gibt es übrigens auch in Bahnhöfen. Das ist jetzt keine subjektive Erfahrung, sondern wir alle machen diese Erfahrung. Es handelt sich um etwas Inter-subjektives. Im kollektiven Gedächtnis gibt es solche Bemerkungen über Zeugen Jehovas, die dazu beitragen, dass ein Grundtenor herrscht, der nichts mit Anerkennung zu tun hat. Wie könnte man dies im Zuge der Errichtung des Denkmals, in Bildungseinrichtungen und an Erinnerungsorten systematisch angehen? Diese mitlaufende Verächtlichmachung ist ein echtes Problem und hat auch eine spezifische Form bei dieser Opfergruppe. Sie wächst in den Alltag hinein und wird gar nicht als Diskriminierung wahrgenommen. Da sehe ich eine Aufklärungsaufgabe, die spezifischer Konzepte bedarf, wenn wir es ernst meinen. Könnten Sie dazu noch aus Ihrem Erfahrungsschatz heraus etwas sagen?



SV Dr. Tim B. Müller (Arnold-Liebster-Stiftung): Tatsächlich wird es wohl schon ein wichtiger Beginn sein, dass diese Geschichte überhaupt in die Öffentlichkeit tritt. Sie ist weitgehend unbekannt, sie ist nicht Teil des schulischen Unterrichts. Zeugen Jehovas werden bis heute in den meisten Fällen nicht erwähnt. Ganz abgesehen davon gibt es auch immer noch Bildungsmaterial sowohl über die historische Opfergruppe als auch die gegenwärtige Religionsgemeinschaft, das man sehr kritisch auf diskriminierende Äußerungen prüfen sollte.

Darum ist mit der historischen Aufarbeitung schon enorm viel gewonnen, um Grundlagen zu legen. Darüber hinaus: Beruflich bin ich auch in diskriminierungskritischer Arbeit tätig. Auch aktualitätsbezogen spielt das Thema Zeugen Jehovas dabei zumeist überhaupt keine Rolle. Hierfür Bewusstsein zu schaffen, vielleicht auch spezifische Formen herauszuarbeiten und in solche Kontexte mit aufzunehmen, kann sicher hilfreich sein. Und ich glaube, wie auch Uwe Neumärker, der Beginn muss spätestens an den Schulen sein. Das würde vielleicht die Lehrkräfteausbildung betreffen. Das sind einige erste Punkte.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir gehen zur CDU/CSU-Fraktion, Frau Abg. Widmann-Mauz, bitte.

Abg. **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von meiner Seite und im Namen meiner Fraktion an die Sachverständigen erstens herzlichen Dank für die Stellungnahmen, aber vor allen Dingen auch für die Arbeit, die Sie in der Vergangenheit und in der Vorbereitung dieser Beschlussfassung, die im Deutschen Bundestag ansteht, geleistet haben. Denn Sie haben damit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass wir überhaupt über sachgerechte Formen der Vermittlung des Gedenkens hier in dieser Art und Weise reden können. Dafür gebührt Ihnen insbesondere bei diesem Thema unser besonderer Dank.

Ich will mit meiner ersten Frage an Herrn Prof. Dr. Garbe an die Fragen, die meine Vorredner/-innen gestellt haben, anschließen. Ich mag den Begriff „vergessene Opfergruppe“ nicht, denn ich glaube, es ist eine verdrängte Opfergruppe und nicht unbedingt eine vergessene. Aber vielleicht können Sie darauf noch einmal etwas stärker eingehen.

Herr Prof. Dr. Garbe, in Ihrer Stellungnahme haben Sie die Ablehnung und das Unverständnis gegenüber den Zeugen Jehovas in der Auseinandersetzung mit der Frage des Geschehens im Nationalsozialismus beschrieben. Sie haben auch jetzt gerade eben noch einmal von einer Sondergemeinschaft gesprochen. Das heißt, die Ressentiments, die vorhanden waren und vorhanden sind, spielen sicherlich eine entscheidende Rolle für die Frage, warum es zu dieser Verdrängung kam. Welche Schlüsse würden Sie daraus ziehen, wenn es um die Vermittlung des Gedenkens, der Information und die Dokumentation über das Geschehene geht?

Inwieweit spielt auch die Frage des Verhältnisses zum Staat an sich, also die religiöse Vorstellung und das Staatsverhältnis, eine Rolle bis in den heutigen Tag? Und wie kann daraus eine Lehre gezogen werden für die Frage, wie wir jetzt im Gedenken nicht nur damit umgehen, sondern die Ressentiments abbauen könnten?

SV Prof. Dr. Detlef Garbe (Historiker): Danke schön, Frau Abg. Widmann-Mauz. Herzlichen Dank für diese Frage, die natürlich das Feld noch einmal in eine andere Richtung öffnet. Es ist zweifelsohne so, dass jede Verfolgten-Geschichte auch immer in ihrem Kontext zu sehen ist. Es ist darauf hingewiesen worden, dass die Zeugen Jehovas nicht zufällig in das Visier der Nationalsozialisten gerieten.

Die Zeugen Jehovas sind zu Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland stärker in Erscheinung getreten. Die Konflikte haben sich insbesondere auch im kirchlichen Raum gezeigt. Für die Kirchen waren die Jahre nach 1918 Jahre der Bedrohung. Das Staatskirchentum, was es vorher gab, war in sich zusammengebrochen.



Die Gottlosen-Bewegung, all das, was von Freidenkern und von linker Seite kam – sage ich jetzt einmal in der Kürze der Zeit – führte zu massiven Kirchenaustritten. Dann gab es diese neuen freikirchlichen Bewegungen. Auch die Zeugen Jehovas haben sich nach dem Ersten Weltkrieg vergrößert. Es war eine kleine Gruppe, aber sie kam relativ schnell auf die Zahl der 25.000 Glaubensangehörigen, die vorhin erwähnt wurde.

In dieser Konstellation hat man es nicht nur mit einem Konkurrenten zu tun gehabt, sondern die Zeugen Jehovas waren für völkische Kreise gefährlich. Dies lag daran, dass sie in gewisser Weise antinationalistisch waren. Darauf, dass sie gegen Rassismus eingestellt waren, ist schon hingewiesen worden. Sie hielten von all dem nichts. Sie demaskierten das Koppelschloss „Gott mit uns“ für Volk und Kaiser und später Volk und Führer. Sie griffen zentrale „abendländische“ deutsche Werte, wie sie in der Zeit interpretiert worden sind, an. Das führte auch zu ganz massiven Auseinandersetzungen.

Die Zeugen Jehovas sind heute in ihrer Missionspraxis mit Haustürbesuchen relativ offensiv. Für die damalige Zeit waren sie ebenfalls recht offensiv und modern eingestellt. Sie gingen mit Filmen und Druckschriften an die Öffentlichkeit, sie stellten sich vor Kirchen und klagten die Geistlichkeit an, weil sie im Ersten Weltkrieg die Waffen gegesnet hatte. Und deshalb gibt es schon in den 1930er-Jahren vor der Machtergreifung – 1931 in Bayern beginnend, aber Bayern steht da nicht allein – Druckschriftenverbote gegen Publikationen der Zeugen Jehovas und ähnliche Maßnahmen.

Weshalb erwähne ich das? Weil da natürlich die Frage des Staatsverständnisses der Zeugen Jehovas hineinspielt. Die Zeugen Jehovas leben aus dem Bewusstsein heraus, in einer eigenen Welt, einer eigenen, abgeschlossenen Gemeinschaft für das heranbrechende Friedensreich Gottes zu stehen. Und das Umliegende ist die untergehende, alte Welt. Sie selber propagieren die neue Welt. Das hat natürlich Einfluss auf das Verhältnis zum Staat.

In Römer 13 steht „Jedermann sei untertan der Obrigkeit“. Das wurde in den 1920er-Jahren bei den Zeugen Jehovas anders interpretiert. Sie haben gesagt, gemeint ist die Obrigkeit Gottes, das theokratische System. Der Obrigkeit Gottes hat man Untertan zu sein. Den Staat hat man zwar akzeptiert, aber der Staat war eigentlich eine Hülle, die von gestern ist, so will ich einmal formulieren. Wenn das Armageddon und die Entscheidungsschlacht kommen und Christus die Herrschaft antritt, dann ist die Hülle weg. Sie waren nicht antistaatlich. Sie haben sich den staatlichen Geboten gefügt, keine Frage. Aber sie gerieten dann in einen massiven Konflikt, als dieser Staat mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten von ihnen etwas forderte, das fundamental mit ihrem Glauben in Konflikt stand. So wurde der deutsche Gruß, das „Heil“, von ihnen gefordert. Das war durch die religiöse Dimension ein ganz perfides Mittel der Loyalitäts-Erzwingung. Die Nationalsozialisten haben sowieso ganz viele religiöse Begriffe genutzt. Für die Zeugen Jehovas ist das „Tausendjährige Reich“ ein Schlüsselbegriff. Die Nationalsozialisten haben die Menschen tagtäglich beim Briefverkehr und morgens beim Grüßen dazu gezwungen, ihre Loyalität zum neuen Staat zu erklären.

Abg. **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU): Herr Prof. Dr. Garbe, dürfte ich Sie bitten, sich kurz zu fassen, weil ich noch mehr Fragen hätte. Sonst läuft mit die Zeit weg.

SV **Prof. Dr. Detlef Garbe** (Historiker): Kurzum, das Verhältnis zum Staat ist ein schwieriges. Das hat sich später gewandelt. Auch die Zeugen Jehovas haben in den 1960er-Jahren ganz klar gesagt, dass in Römer 13 der Staat gemeint ist. In all den nichtautokratischen, nichttotalitären Ländern, in denen der Staat ihnen die Religionsausübung erlaubt, gibt es keine Konflikte mit Zeugen Jehovas. Die gibt es in den Fällen, wo der Staat das verbietet.

Abg. **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU): Danke schön. Dann hätte ich eine Frage an Herrn Dr. Müller. Ich bitte ebenfalls um kurze Antwort. In mehreren Stellungnahmen werden die besondere Betroffenheit und vor allem der hohe Anteil von



Frauen bei der Verfolgung dargestellt. Könnten Sie kurz ausführen, woran das lag beziehungsweise wie sich das äußerte?

SV Dr. Tim B. Müller (Arnold-Liebster-Stiftung): Das beginnt mit der Zusammensetzung der Opfergruppe, die ungefähr zu 50 Prozent aus Frauen bestand. Die exakten Zahlen veränderten sich natürlich im Laufe der Zeit. Frauen waren aktive Gemeindemitglieder und haben ab 1933 genauso wie Männer in vielen Fällen ihren Glauben gegen die Zumutungen des totalitären Systems verteidigt. Das heißt, dadurch sind sie auch in die Verfolgungsmühle geraten – in einzelnen Fällen sogar wegen Wehrkraftzersetzung, etwa aus Gründen der „Propaganda“ oder der „Beihilfe“. Es gab Zeuginnen Jehovas, die Wehrdienstverweigerer versteckt und ihnen Schutz geboten haben. Selbst dieser nationalsozialistische Straftatbestand konnte sie treffen. So war die allgemeine Situation. Sie verteidigten den eigenen Glauben bis zum Äußersten.

Es gibt noch andere Merkmale. Es gab ja mehrere Verhaftungswellen. Zentral war unter anderen die, die in Verbindung mit dem Goldfischteich in Berlin steht. Das war 1936. Es gab ein Gestapo-Sonderkommando. In den Verhaftungswellen war es immer wieder das Ziel, die Leitung des Untergrundnetzwerks der Zeugen Jehovas zu verhaften, in Konzentrationslager zu bringen, auszuschalten. Und je erfolgreicher diese Verhaftungswellen waren, desto mehr sind Frauen in diese Leitungsfunktionen eingetreten und haben Untergrundnetzwerke mit organisiert. Das wäre die zweite wichtigste Dimension.

Abg. **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Dann hätte ich eine Frage an Herrn Neumärker. Sie haben ausgeführt, dass es sich um ein Mahnmal oder ein Denkmal der Bundesrepublik Deutschland handeln soll und von dem geplanten – ich zitiere – „schlichten Kunstwerk“ gesprochen. Wie ist denn der Prozess zu verstehen, dass es bereits einen Künstler und ein Modell gibt? Wie ist der Künstler gefunden worden, beziehungsweise wie waren die Auswahlprozesse oder die Gespräche, dass es genau zu dieser Ausdrucksform kam?

Vielleicht können Sie uns darüber informieren.

SV Uwe Neumärker (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Deutschlands): Ich sagte ja schon, dass im Sommer 2019 die Zeugen auf mich zukamen. Und da gab es schon die Idee dieses Kunstwerks. Das ist ein längerer Prozess über Jahre gewesen. Natürlich ist es gewöhnlich in unserem Land, dass es für ein solches Denkmal einen Wettbewerb gibt. Das ist üblich. Das kennt man vom Holocaust-Mahnmal, das kennt man von der Tiergartenstraße 4.

Aber auch beim Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas ist der Künstler Dani Karavan direkt beauftragt worden, weil das Kunstwerk überzeugt hat, weil es die Minderheit beziehungsweise die Opfergruppe überzeugt hat.

Wenn sich die Opfergruppe und zugleich die Bundesrepublik Deutschland in diesem Kunstwerk wiederfinden, sollte es umgesetzt werden. Es ist eine überschaubare Sache, dieses Denkmal. Man kann es relativ schnell umsetzen. Und das ist auch der Mehrwert, denn die Zeugen Jehovas haben lange genug gewartet, dass ihr Leid gewürdigt wird.

Ich hadere ein wenig mit dem Begriff des Mahnmals, ich bin eher ein Freund des Begriffs Denkmal, Denkmal, Gedenken. Denken ist doch etwas Besseres oder anderes als der erhobene Zeigefinger eines Mahnmals. Aber sei's drum, Mahnung und Gedenken hängen ja auch zusammen.

Abg. **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Neumärker. Dann hätte ich noch einmal eine Frage an Herrn Prof. Dr. Garbe und Herrn Dr. Müller. In Ihren Stellungnahmen und im Beschlussantrag des Bundestages wird darauf hingewiesen, vorhandene wissenschaftliche Defizite zu beheben. Deshalb würde mich interessieren, wo Sie wissenschaftliche Defizite sehen und wie moderne, zeitgemäße Formen der Information und der Vermittlung des Komplexen aussehen könnten, insbesondere im Kontext der gesamten Verfolgung, dem Verbot in der DDR-Zeit und neueren Tendenzen in Russland.



Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

SV Prof. Dr. Detlef Garbe (Historiker): Zur Frage der Defizite: Zum einen gibt es noch keine hinreichend vergleichende lokal- und regionalgeschichtliche Forschung. Das ist ein bisschen dadurch aufgehoben worden, dass durch das Projekt der Stolpersteine, das im ganzen Land Fuß gefasst hat, viele Biografien erforscht worden sind. Aber gleichwohl ist an regionalgeschichtlicher Forschung noch viel zu tun, da müssen Universitäten und Schulen sensibilisiert werden. Es ist schon viel im Rahmen von Arbeiten des Schülerwettbewerbs passiert, aber auch dort meist durch junge Leute aus der Gruppe der Zeugen Jehovas selber.

Ich würde mir wünschen – das wurde vorhin debattiert –, dass es möglich sein muss, in der Begegnung mit einer Glaubensgemeinschaft, deren Werte nicht die eigenen sind, diese trotzdem respektieren zu können. Toleranz muss man auch zugestehen können. Es sollten sich mehr Menschen damit beschäftigen. Wir haben nichts gewonnen, wenn dies alles nur von den Zeugen Jehovas selbst ausgehend ein Thema ist.

SV Dr. Tim B. Müller (Arnold-Liebster-Stiftung): Es ist wichtig, die sehr disparate Forschungslage zusammenzuführen. Lokale Studien gibt es sehr viele. Es ist von Bedeutung, verstärkt auch vergleichende europäische Dimensionen in den Blick zu nehmen. Es sind entscheidende Grundlagen sehr unterschiedlicher Qualität gelegt worden. Das ist auch ein aktuelles Anliegen, das in Verbindung mit dem Denkmal vorangetrieben werden kann: eine europäische Karte der Opfergruppe, die das Wissen verzeichnet, aber die bis in die Gegenwart führt. Es ist erstaunlich, was sich in diesem Zuge immer noch an neuen Erkenntnissen finden lässt. Und wir müssen diese Geschichte vergleichend mit anderen Widerstands- und Opfergruppen betrachten.

Vorsitzende: Vielen Dank. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abg. Grundl, bitte.

Abg. Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Gäste, ich danke Ihnen auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich für die Stellungnahmen und Ausführungen zu wirklich drängenden Fragen, die wir bisher hören durften. Wir sind auf gutem Weg, die Opfergruppe der Zeugen Jehovas aus dem kollektiven Vergessen herauszureißen. Ich schließe mich der Meinung der Kollegin Abg. Widmann-Mauz an, man könnte auch sagen, aus dem kollektiven Verdrängen. Ich stelle mir die Frage, ob nicht diese lange Zeit, die ins Land gegangen ist, den Opfern gegenüber absolut ungerecht ist. Diesen Schuh müssen wir uns anziehen.

Ich würde gern die Zeit nutzen, in Details zu gehen. Herr Dr. Müller, Sie haben gerade die europäische Dimension angedeutet. Da würde mich interessieren, ob es in der Verfolgungsgeschichte der Länder Unterschiede gegeben hat. Wie ist da der Stand der Forschung? Die Rolle der Frauen wurde schon beleuchtet. Im Zusammenhang mit Familie interessiert mich auch, was wir über den Eltern entzogene Kinder wissen. Wie ist der Forschungsstand dazu? Ich hätte auch noch eine zweite Frage, Herr Dr. Müller, bitte berücksichtigen Sie das in Ihrer Antwort.

SV Dr. Tim B. Müller (Arnold-Liebster-Stiftung): Das ist ein riesiges Feld. Es gibt mittlerweile zu allen europäischen Ländern zumindest rudimentäre Forschung, Anfänge wurden gemacht. Aber das ist wirklich ein sehr ungleiches Bild. Deutschland und Österreich sind mit Abstand am besten erforscht. Das ist gar keine Frage. Für die Niederlande gibt es eine exzellente Arbeit. Dann wird es schon ein bisschen schwieriger. Zu Polen ist einiges in den letzten Jahren entstanden, da kann sicher noch mehr geschehen. Und dann wird es immer herausfordernder. Darum braucht man auch so etwas wie ein europäisches Forschungsgespräch darüber. Wissenschaftlicher Austausch muss in Gang kommen.

Die Verfolgung war in Europa auf jeden Fall systematisch, umfassend. Die Zahlen der bekennenden Zeugen Jehovas, die sichtbar wurden, die verfolgt wurden, waren natürlich unterschiedlich



hoch. Darum sind die absoluten Zahlen in einigen Ländern relativ klein. Aber prozentual gesehen ist es doch enorm: Polen mindestens 80 Prozent, auch in anderen osteuropäischen Ländern ähnlich, eine starke Verfolgung in den Niederlanden, auch in Frankreich. Es gibt Ausnahmen. Eine fast schon skurrile Ausnahme ist Dänemark, wo es ein besonderes Besatzungsregime gab. Das eigene System blieb intakt mitsamt dem König. Dort gab es keine Verfolgung. Das wäre die einzige Ausnahme, weil die dänische Verwaltung das Land selbst regiert hat.

Da haben wir noch viel zu tun. Aber es ist schon das Bild entstanden, dass wir eine europäische Opfergruppe haben, die gerade in den Konzentrationslagern auch als europäische Opfergruppe sichtbar wurde. Dort fanden sich Zeugen und Zeuginnen Jehovas aus den unterschiedlichen Ländern zusammen, unabhängig von der nationalen Herkunft.

Bei allen Zeugen Jehovas, die in Konzentrationslager überstellt wurden, für die Schutzhaft angeordnet wurde, ging das mit Kindesentziehung einher. Das war seit 1936 üblich, besonders wenn beide Elternteile betroffen waren. Wenn es Verwandte gab, die in irgendeiner Form als regimetreu angesehen wurden, konnte dem zumindest im Familienkreis entgangen werden. Aktuell geht die Forschung von mindestens 600 Kindern aus, die dieses Schicksal erlitten haben. Sie kamen überwiegend in NS-Erziehungsanstalten. Simone Arnold Liebster, die Gründerin der Arnold-Liebster-Stiftung, hat über ihre Zeit in einer solchen Anstalt ein bewegendes Buch geschrieben. Ihre beiden Eltern waren in Konzentrationslagern. Sie hatte nach vielen anderen Torturen zwei Jahre in einer NS-Erziehungsanstalt in Konstanz verbracht. Sie kam aus dem Elsass, wo es dazugehörte, dass man nicht darüber reden durfte als ganz kleiner Mensch.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. Die zweite Frage geht an Herrn Prof. Dr. Benz. Mich würde Ihre Sicht interessieren, warum die Opfergruppe der Zeugen Jehovas verdrängt wurde. Wie ist es zu erklären?

SV Prof. Dr. Wolfgang Benz (Historiker): Das ist in den wenigen Minuten, die zur Verfügung stehen, natürlich nur sehr rudimentär zu erklären. Eine Gemeinschaft, die verfolgt wurde und keine Lobby hatte nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, drohte sofort dem Vergessen anheim zu fallen. Da sind die Zeugen Jehovas nicht die Einzigen. Andere Opfergruppen haben etwas früher diese Schwelle überwinden können. Mehr oder weniger sind Jehovas Zeugen jetzt die Letzten. Die Animositäten, die weiterhin von beiden großen christlichen Kirchen dieser Glaubensgemeinschaft entgegengebracht wurden, haben das bewirkt. Hinzu kommt die relativ geringe Quantität dieser Gemeinschaft, die allenfalls durch ihren von vielen abgelehnten Missionseifer negativ aufgefallen ist. Insbesondere von katholischer Seite gab es Kritik daran. Das hat dazu geführt, dass man auch an ihr Verfolgungsschicksal, an ihren Widerstand nicht erinnert werden wollte.

Die allgemeine Aufmerksamkeit ist ja einer verfolgten Gruppe, der größten überhaupt, zugewendet worden. Sie hatte aber auch die stärkste internationale Lobby. Das wurde den Müttern und Vätern des Grundgesetzes klar gemacht. Es war Ziel der Besatzungspolitik, das Schicksal der Juden anzuerkennen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Das wurde Adenauer klipp und klar gemacht: Wenn Deutschland in die Gemeinschaft zivilisierter Völker zurückkehren wolle, müssten zuvor Leistungen gegenüber der verfolgten jüdischen Gemeinschaft erbracht werden.

Für keine andere Gemeinschaft gab es ein ähnliches Gebot. Die gesellschaftlich damals noch ungeheuer mächtigen gesellschaftlichen Institutionen der Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche lehnten die Zeugen Jehovas aus inhaltlichen und theologischen Gründen ab. Daher gab es für die besonders kleine Gruppe so lange keine Chance für das Erinnern.

Vorsitzende: Vielen Dank. Dann für die Fraktion der AfD, Herr Abg. Dr. Jongen.



Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Danke an die Gäste für Ihre Ausführungen. Die systematische Verfolgung und Ermordung der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus ist ein düsteres Kapitel der Geschichte. Es ist erschütternd, die Zeugenberichte aus den Konzentrationslagern zu lesen. Die nationalsozialistische Regierung betrachtete die Zeugen Jehovas ja als Vorbereiter einer angeblichen jüdischen Weltherrschaft.

Ich habe in meiner Rede im Plenum (103. Sitzung, 11. Mai 2023) die Vermutung geäußert, dass der Name des Gottes Israel, auf den sich die Zeugen Jehovas in ihrer Eigenbezeichnung berufen, den besonderen Argwohn und den Hass der Nationalsozialisten hervorgerufen hätte. Wenn dafür jemand Zitate oder Belege in Aussagen von Nazi-Größen kennte, wäre das interessant, um zu erfahren, ob dem so war.

Mit Beginn der NS-Machtübernahme begann die Verfolgung, weil die Zeugen Jehovas sich weigerten, den Hitlergruß, vor allem aber den Wehrdienst zu leisten und generell sich der nationalsozialistischen Ideologie zu unterwerfen. Sie betrachteten Hitler als Antichrist und Satan auf Erden und verweigerten dem Regime die Loyalität. Jeder Zweite wurde in einem Konzentrationslager interniert und jeder Vierte wurde nach unseren Informationen ermordet.

Meine erste Frage geht an Herrn Prof. Dr. Garbe. Sie haben am Schluss Ihrer Eingangsstellungnahme von den eschatologischen Dimensionen in der Glaubenslehre der Zeugen Jehovas berichtet und daraus den Widerstand und die Verweigerung der Loyalität der Zeugen Jehovas gegenüber dem Nazi-Regime abgeleitet. Zum Teil haben Sie auch schon vorhin dazu näher ausgeführt. In einer Schrift des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands haben wir interessante weitere Zitate von Ihnen gefunden. Da sagen Sie zum Beispiel, dass die Zeugen Jehovas damals nicht allein dem Nationalsozialismus die Loyalität verweigert hätten, sondern den Staaten insgesamt sehr skeptisch gegenüberstanden. Der damalige Präsident Joseph Rutherford habe eine satanische Trias ausgemacht, nämlich Großkapital, Politik und

Kirchen. Sie hatten schon Bezug genommen auf den Römerbrief, in dem steht, dass die Christen die Pflicht hätten, sich der gesetzlichen Obrigkeit zu unterwerfen. Und Sie hatten darauf hingewiesen, dass die Zeugen Jehovas erst Anfang der 1960er-Jahre diese Einstellung angenommen und demokratische Staaten darunter gefasst hätten. Können Sie vielleicht noch näher sagen, aus welchem Grund das so lange gedauert hat? Warum kam diese Einstellungsänderung zu dieser Zeit zustande?

SV **Prof. Dr. Detlef Garbe** (Historiker): Vielen Dank für die Fragen. Ich fange bei der ersten an. Es gibt eine Reihe von Zeugnissen von Nationalsozialisten, die diesen Bezug herstellen, wonach die Zeugen Jehovas dem zuarbeiten, was mit der Propaganda-Floskel von der „jüdischen Weltverschwörung“ gemeint war. Ulrich Fleischhauer war so einer, der hinter den „Protokollen der Weisen von Zion“ auch die Zeugen Jehovas sah. Dietrich Eckart, einer der frühen Ideologen und Stichwortgeber für Adolf Hitler, sah den „jüdischen Wurm“ in den Zeugen Jehovas. Alfred Rosenberg gehörte ebenfalls dazu, die Reihe ließe sich fortsetzen.

Sie haben völlig recht. Als die Zeugen 1931 den Namen Jehova in ihren Eigennamen aufnahmen, hat das die Aversionen weiter genährt. Übrigens schadete ihnen auch, dass sie sich zuvor „Internationale Bibelforscher-Vereinigung“ nannten, weil man "die Internationale" aus der Kommunistischen Internationale kannte. Das war ein Beleg dafür, dass es sich um Subversion handeln würde und eine Gruppe, die die Gesellschaft zersetzen wollte. Dahinter wurden Drahtzieher gesehen bis dahin, dass man gesagt hat, die Zeugen Jehovas würden finanziert vom internationalen Judentum und so weiter. Übrigens war dies einer der Punkte, gegen die die Zeugen Jehovas sich gewehrt haben, als sie 1933 verboten werden sollten. Sie haben damals gesagt, es gibt überhaupt keine Belege dafür.

Wenn man heute nachschaut, findet man manchmal von Menschen, die aus der Gemeinschaft der Zeugen Jehovas ausgetreten sind, oder von anderen, die der Gemeinschaft entgegenstehen, den Hinweis, die Zeugen Jehovas hätten sich am



Anfang dem NS-Regime ein Stück weit angebiert. Begründet wird das damit, dass es im Juni 1933 eine Kundgebung gab, wo man (sinngemäß) erklärt hat: „Wir haben überhaupt nichts gegen die neue Ordnung. Vor allem weisen wir zurück, dass wir mit dem Judentum in Zusammenhang stehen oder gar vom Judentum finanziert werden.“ Diese Erklärung kam aus der Defensive. Es gibt tatsächlich überhaupt keinen Beleg dafür, dass die Zeugen Jehovas antisemitisch eingestellt waren. Das war einer der Verfolgungsgründe, die Sie erwähnt haben.

Dann erwähnten Sie die starke Intensität der Verfolgung. Nur ein Hinweis: Die Zahlen, die vorhin Herr Dr. Müller genannt hat, sind schlimm genug. 15 Prozent der Zeugen Jehovas, die inhaftiert wurden, sind ums Leben gekommen. Die Zahl, die Sie nannten, stammt noch aus älterer Literatur, aus Zeitzeugenberichten, sie begegnet einem häufiger. Also, nicht jeder vierte Zeuge Jehovas ist zu Tode gekommen. Wie gesagt, das mindert nicht die Grausamkeit und Fürchterlichkeit.

Der letzte Punkt: Sie haben das Staatsverständnis angesprochen. Selbst wenn es stimmen würde, dass die Zeugen Jehovas dem Staat gegenüber in der damaligen Zeit eine Gehorsamspflicht nicht anerkannten, rechtfertigte dies nicht die erlittene Verfolgung. Sie beriefen sich auf die Apostelgeschichte: Der Mensch hat Gott zu dienen, nicht dem Kaiser. Selbst wenn sie den Staat nicht anerkannt hätten, so ändert das nichts daran, dass sie Verfolgung erlitten haben und zwar nicht, weil sie irgendwie gerechtfertigte Anmaßungen eines Staates abgelehnt hätten. Sie sind nicht verfolgt worden, weil sie ihre Steuern nicht gezahlt haben oder weil sie sich in anderer Art und Weise betätigt haben, sondern wegen der originär nationalsozialistischen Nötigungen. Sie sind verfolgt worden, weil sie nicht in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eintraten. Sie wurden aus den Betrieben entlassen, weil es sich um eine Zwangsmitgliedschaft handelte. Jeder, der nicht in der DAF war, konnte nicht mehr beschäftigt sein. Die Verfolgung resultierte aus etwas, das eindeutig als Unrecht zu erkennen ist, ganz unabhängig davon, wie die Glaubensgemeinschaft selbst agierte.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD): Vielen Dank. Damit haben Sie meine zweite kurze Nachfrage zum Teil schon beantwortet. Vielleicht trotzdem mit der Bitte um eine kurze Antwort: Im Verbot der Zeugen Jehovas in Preußen im Juni 1933 war davon die Rede, dass die Zeugen Jehovas Hetze gegen die christliche Kirche und gegen den Staat betrieben. Bezüglich des Staates haben Sie eben schon ausgeführt. Das ist reine nationalsozialistische Propaganda. Aber was hat es mit der christlichen Kirche auf sich? Und vor allem, wie war die Rolle der christlichen Kirchen hier im Kontext dieser nationalsozialistischen Verfolgung? Die Frage ist an Herrn Prof. Dr. Garbe gerichtet mit der Bitte, die Antwort kurz zu fassen, damit ich danach noch eine Frage stellen kann.

SV **Prof. Dr. Detlef Garbe** (Historiker): Ich hatte vorhin schon einmal kurz auf das Verhältnis zu den Kirchen hingewiesen. 1933 war die Katholische Kirche skeptisch. Im Protestantismus stieß die neue Bewegung, stieß die sich abzeichnende Einheit von Volk und Kirche auf Begeisterung. Der Protestantismus war im allgemeinen Begeisterungstaumel gefangen. Bei der Katholischen Kirche gab es eine große Skepsis. Es gehört mit zu den Merkwürdigkeiten, dass diese Skepsis auf katholischer Seite ein Stück weit überwunden wurde. Die Nationalsozialisten hatten in ihr Parteiprogramm etwas von einem „positiven Christentum“ geschrieben – was immer das auch bedeuten sollte. In der Regierungserklärung hat man im März 1933 ganz klar gesagt: Wir werden das Verhältnis zu den Kirchen verbessern, wenn die Kirchen sich in diesen Staat hineinbegeben. Man hat die Verhandlungen zum Reichskonkordat aufgenommen.

Die Verfolgung der Zeugen Jehovas war genauso wie das Vorgehen gegen linkes „Gottlosentum“ und die „Bolschewisten“ etwas, das kirchlicherseits honoriert wurde. Es gibt ein Zitat von Michael Kardinal von Faulhaber, der damals Vorsitzender der Freisinger Bischofskonferenz war. Als er gegen den Kampf gegen den politischen Katholizismus protestierte, bekannte er, dass sich manches gebessert habe: „Die Bibelforscher können nicht mehr ihre amerikanisch-kommunistische Tätigkeit entfalten.“ Das heißt, die Kirchen haben dem Verbot der Zeugen



Jehovas zugearbeitet, mehr noch, sie haben der Verfolgung zugearbeitet. Die meisten Anzeigen, die es gegeben hat, kamen von Pastoren und Pfarrern, die sagten: „Da sind welche, die zu den Zeugen Jehovas gehören.“ Die Apologetische Centrale, also die für die Weltanschauungsaufklärung zuständige Stelle der Kirche, hat mit der Gestapo kooperiert. Das gehört leider zu den Schattenseiten der Geschichte.

Es gibt auch Lichtseiten, das ist vorhin erwähnt worden, auch im Verhältnis zu den Zeugen Jehovas. Karl Barth von der Bekennenden Kirche oder andere sind zu nennen. Aber die Kirchen haben leider aus dieser Vorgeschichte in diesem Punkt Schuld auf sich geladen.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD): Vielen Dank. Noch schnell eine Frage an Herrn Dr. Müller. Wie wir mehrfach gehört haben, ging die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der DDR weiter. Sie wurden dort als politische Gegner betrachtet, mussten mit Inhaftierungen und Berufsverboten rechnen. Ihre Versammlungen wurden verboten, ihre Literatur beschlagnahmt und viele von ihnen wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Einige von ihnen starben auch dort unter schlechten Haftbedingungen. Die Frage ist nun: Soll diese Verfolgung in der DDR Teil des Erinnerens an diesem Mahnmal sein? Im Antrag ist davon nur am Rande die Rede. Und wie kann man das auch deutlich machen?

Vorsitzende: Es tut mir leid, die Antwort passt nicht mehr in Ihre Zeit. Die Zeit ist schon überschritten. Vielleicht bleibt am Ende etwas Luft. Behalten Sie Ihre Frage einfach in Erinnerung.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD): Vielleicht können Sie (Herr Dr. Müller) mit Ja oder Nein antworten?

Die **Vorsitzende:** Ja oder nein? Wenn das geht, gern.

SV Dr. Tim B. Müller nickt Abg. Dr. Marc Jongen zu.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Manchmal geht es schnell, manchmal lässt sich eine Frage mit Ja oder Nein beantworten. Auch der Deutsche Bundestag kann manchmal schnell arbeiten, wenn wir bedenken, dass wir den Antrag erst in der letzten Sitzungswoche im Plenum beraten haben. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen danken, denn ich glaube, die Debatte, die wir dort geführt haben, ist der Bedeutung des Themas durchaus gerecht geworden, nachdem wir so viele Jahrzehnte gebraucht haben, bis der Deutsche Bundestag sich der Zeugen Jehovas würdigend erinnert. Das Zurückschauen, das Erinnern ist das eine. Wir haben kommenden Mittwoch, schon übermorgen, im Ausschuss die weiteren Beratungen. Wir haben versucht, etwas von den vielen Jahren aufzuholen, zumindest im Wochenbereich.

Ich bin unseren Sachverständigen dankbar, nicht nur für die Diskussion heute, für die Informationen, die Sie uns heute geben, sondern auch dafür, dass Sie uns auf dem Weg begleitet haben. Herr Neumärker hat darauf hingewiesen, dass an ihn herangetragen wurde, ein Denkmal im Tiergarten zu schaffen. Wir haben Gespräche geführt und das Modell, das es schon gibt, den Entwurf, den es schon gibt, über die Fraktionsgrenzen hinweg gerne entgegengenommen, sodass wir uns jetzt zügig daranmachen wollen, ihn umzusetzen. Denn dass das notwendig ist, es überfällig ist, hat auch das Gespräch heute gezeigt.

Bei all dem, was wir über den Widerstand der Zeugen Jehovas heute gehört haben, stellt sich mir persönlich immer noch die Frage: Was war das eigentliche Ziel des Widerstands? Es wurde gesagt, es geschah aus dem Glauben heraus und es wurde in Untergrundnetzwerken gearbeitet. Aber trotzdem wurden auch Informationen an die Bürger und Bürgerinnen über Zettel nach außen getragen. Vielleicht können Herr Prof. Dr. Benz oder Herr Prof. Dr. Garbe das noch einmal herausarbeiten: Was war das Ziel? Denn die Revolution war es nicht.

Zweiter Punkt, was die Geschichte betrifft: Die internationalen Beziehungen sind schon angesprochen worden. Sehr früh haben Jehovas



Zeugen in ihren eigenen Netzwerken über die Gräueltaten der Nazis berichtet. Warum gab es in der Welt keinen entsprechenden Widerhall? Oder gab es ihn, nur auch den haben wir nicht wahrgenommen?

SV Prof. Dr. Wolfgang Benz (Historiker): Den Widerhall gab es auch angesichts anderer Verfolgungstengruppen im Nationalsozialismus nicht. Das Motiv von Jehovas Zeugen war natürlich zunächst, Gegenwehr darzustellen, dass man als Gruppe zu Unrecht verfolgt wurde. Daher der Kongress in der Schweiz und dazu die Flugblattaktion, die nicht nur, sagen wir, der Gruppenloyalität ("Man verfolgt uns, helfe uns!"), sondern zur Warnung diente. Es handelte sich vielleicht um die früheste Warnung an die ganze Welt vor der Ideologie des Nationalsozialismus, als die Mehrheit noch jubelte, als die Mehrheit der ausländischen Nachbarn noch auf freundliche Zustimmung und Befriedung achteten, machten die Zeugen Jehovas aufmerksam: „Das ist ein gottloses Regime. Das ist ein gefährliches Regime. Es bedroht nicht nur uns, sondern es bedroht alle.“ Diese Botschaft wurde in einer bewunderungswürdigen Leistung, einer ganz unglaublichen, auch logistisch unglaublichen Operation verbreitet, mit Flugblättern, die überall gleichzeitig im deutschen Herrschaftsgebiet auftauchten.

Das war nicht nur die Gegenwehr einer bedrängten und bedrohten Gruppe, sondern zum ersten Mal universaler Widerstand gegen das nationalsozialistische System in einer Zeit, in der ein großer Teil nicht nur der katholischen und der evangelischen Christen, sondern auch der jeweiligen Amtskirchen noch darum bemüht war, ihren Frieden mit dem Regime zu machen.

SV Prof. Dr. Detlef Garbe (Historiker): Der Aussage, „den Widerhall gab es auch bei anderen nicht“, kann ich natürlich nur beipflichten. Gleichwohl eine ganz kurze Ergänzung: Es gab eine gewisse Unterstützung durch diplomatische US-amerikanische Kanäle. Das heißt, die Botschaft und das Konsulat haben 1933 und in den Folgejahren versucht, sich für die Zeugen Jehovas einzusetzen. Es gab immer wieder Eigentumsfreiheiten, die es zum Beispiel ermöglichten, dass

Druckmaschinen ins Ausland nach Prag gebracht werden konnten, weil das offiziell amerikanisches Vermögen war. Die Zentrale der Zeugen Jehovas war in den USA. Auf diese Art und Weise konnte ein wenig Beistand geleistet werden. Aber über die US-amerikanische Presse hinaus, in der berichtet wurde, kenne ich auch keine anderen Belege. Das ist tatsächlich das Einzige, was es an Unterstützung gab.

„Revolution war es nicht“, haben Sie, Herr Abg. Hacker, eben gesagt. Das stimmt völlig. Motiv des Widerstandes waren Bekenntnisakte. Man selber sah sich in eine Situation der Prüfung gestellt. Zeugen Jehovas, die ihren Glauben nicht leben können, ist ihre Identität genommen. Es war Notwehr, es war ein Bekenntnisakt. Man wollte sich in dieser Situation der Bedrängung treu und loyal zu den biblischen Geboten verhalten. Vorhin ist das Wort „Eschatologie“ verwendet worden. In dieser Situation, in der man das nahende Ende sah, war aus Sicht der Zeugen Jehovas das Sich-Beugen, das Verleugnen des eigenen Glaubens so etwas wie eine Selbstaufgabe, die man nicht leisten konnte. Es ging in ihrem Widerstand um die eigene Glaubensorganisationsfreiheit. Es ging nicht um einen Freiheitskampf und Antifaschismus. Dass das Nazi-Regime zerbrechen würde, das war für die Zeugen Jehovas eine ausgemachte Sache, weil sie damit rechneten, dass die irdische Welt in sich zusammenbricht.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP): Vielen Dank. Herr Dr. Müller, Herr Neumärker, schauen wir in die Zukunft. In einem Jahr haben wir das Denkmal am Goldfischteich eingeweiht. Wir haben uns würdig versammelt und erinnert. Was ist notwendig, dass dann nicht wieder das Vergessen oder das Verdrängen über das Schicksal und die Geschichte der Zeugen Jehovas folgt? Und was können Sie beide dazu beitragen?

SV Dr. Tim B. Müller (Arnold-Liebster-Stiftung): Einiges davon ist schon angesprochen worden. Es beginnt zum einen bei der Forschung, die erweitert werden muss, die vielleicht auch mehr Förderung finden kann, als das bisher der Fall war. Es ist letztlich ein Nischenthema geblieben. Es beginnt zum anderen bei pädagogischen



Angeboten. Das biografische Lernen kann man an dieser Gruppe gut nachvollziehen, auch im Hinblick auf Widerstand. Dieser Widerstand wird nicht mehr nur politisch definiert, sondern auch im Sinne von Mut und Menschlichkeit verstanden. Die Selbstverteidigung eines ethischen Selbstverständnisses aus dem Glauben, aber auch damit verbundene mitmenschliche Handlungsformen, die ganz entscheidend waren, lassen sich hier lernen. Gebraucht werden außerdem elektronische Angebote, um das Geschehene in viel größerer Form sichtbar und leichter zugänglich als bisher zu machen, durchaus auch partizipativ, damit man das vorhandene Wissen auch aufnehmen kann. Und ich glaube, ein nächster großer Moment wird sein, wenn diese Geschichte an Schulen angemessen gewürdigt wird.

SV Uwe Neumärker (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Deutschlands): Ich freue mich, dass Sie diesen klaren Blick in die Zukunft haben, dem ich mich gerne anschließen und mit Ihnen hoffe. Wir werden als Stiftung natürlich das tun, was unsere Möglichkeiten bieten, um das Schicksal der Zeugen Jehovas, deren widerständiges Verhalten und deren Mut in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir haben ein grundsätzliches Problem in diesem Land, das ist das wenige Wissen um die Strukturen des Nationalsozialismus, immer noch um die Täter und vor allem noch immer um die Opfer. Ich glaube, wir müssen über die Zeugen genauso aufklären wie über alle anderen Opfergruppen.

Wir reden immer von verdrängen, vergessen. Ich glaube, es gibt ein Unbehagen, sich damit auseinanderzusetzen, das ist ja kein schönes Thema. Aber wir müssen Ansätze finden, medial, digital, modern, um vor allem jungen Menschen, aber eben nicht nur den berühmten jungen Menschen, sondern allen Menschen in diesem Land und über dieses Land hinaus, das nahezubringen, was vor 80 Jahren war. Das ist nicht einfach, aber es gibt viele Anknüpfungspunkte zur Gegenwart, wenn es um Selbstbehauptung geht, wenn es um Meinungsfreiheit geht. Es geht nicht immer nur um Widerstand, sondern auch darum, eine eigene Meinung zu vertreten. Wenn die Opfer des Nationalsozialismus uns dazu führen und das Aufklären über die Opfer uns dazu befähigt, die

Grundrechte nicht nur zu sehen, sondern auch wahrzunehmen, dann haben wir viel erreicht.

Wir müssen über dieses Denkmal hinaus große Aufklärungsarbeit leisten nicht nur über die Zeugen, sondern über alle Opfer. Das bleibt unsere fortwährende Verantwortung, der wir nachzukommen versuchen, das Möglichste zu tun.

Vorsitzende: Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE., Herr Abg. Korte, bitte.

Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zunächst will ich mich dem Kollegen Abg. Hacker anschließen und sagen, dass meine Fraktion den Antrag gern mit in den Bundestag eingebracht hätte. Das wurde aber aus einem etwas bizarren Totalitarismusverständnis heraus abgelehnt. Das finde ich bei diesem Thema völlig unangemessen. Aber darum soll es jetzt nicht gehen.

Ich hätte gleich die erste Frage an Herrn Prof. Dr. Benz. Sie haben eben in Ihrem Eingangsstatement die Regelung im BEG angesprochen. Das würde mich genauer interessieren. Wir hatten ja die Situation, dass insbesondere Kommunistinnen und Kommunisten, die zunächst Entschädigungszahlungen über das BEG bekommen haben, diese Entschädigung im Zuge der weiteren Geschichte, die ich hier nicht darstellen will, in weiten Teilen sogar zurückzahlen mussten. Es würde mich interessieren, ob die BEG-Anwendung, die es in diesen Fällen gab, auf die Zeugen Jehovas zu übertragen ist. Vielleicht kann dazu jemand Auskunft geben.

Meine zweite Frage wäre an Herrn Prof. Dr. Garbe, vielleicht auch an Herrn Neumärker gerichtet. Dass wir erst im Jahr 2023 über das offizielle Gedenken hier im Deutschen Bundestag sprechen, ist ein weiterer Beweis für die große Lüge, dass in der Bundesrepublik so toll aufgearbeitet wurde. Wurde natürlich nicht, sonst müssten wir uns



nicht erst jetzt damit beschäftigen. In dem Zusammenhang würde mich interessieren: Wenn wir uns die Geschichte der Erinnerungspolitik oder der Erinnerungskultur anschauen, war es immer so, dass es zuerst Initiativen oder Einzelpersonen gab – angefangen von Martin Niemöller, Fritz Bauer und anderen. Vor allem waren es lokale Geschichtsinitiativen, die sich gerade um solche sogenannten vergessenen Opfergruppen gekümmert haben, bevor dann 70 Jahre später die Politik das Thema bemerkt. Es würde mich interessieren, ob sie etwas dazu erzählen können. Was gab es eigentlich im Gedenken für diese Opfer für Initiativen, was für einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler? Das fände ich ganz gut.

Letzte Frage: Wenn man sich die Geschichte der Aufarbeitung anschaut, ist sie nicht nur durch die Rückkehr von Tätern etc. gekennzeichnet, sondern vor allem durch die Abwehr der Anerkennung der Opfer durch die übergroße deutsche Mehrheitsgesellschaft. Anknüpfend an die Mitscherlichs oder andere, würde mich interessieren, ob es gegenüber den Opfern der Zeugen Jehovas so etwas auch gab und, wenn ja, aus welchen spezifischen Gründen. Sie haben ja für Mitglieder des Widerstandes gesagt, dass dort eine besonders große, auch sozialpsychologisch emotionale Abwehr gegen die Beschäftigung mit dieser Gruppe existierte.

SV Prof. Dr. Wolfgang Benz (Historiker): Ich will ganz kurz anfangen. Ins wissenschaftliche Bewusstsein getreten als eine Opfergruppe sind die Zeugen Jehovas mit der Dissertation von Detlef Garbe. Vorher fanden sie nicht statt. Und damit gebe ich an Sie weiter.

SV Prof. Dr. Detlef Garbe (Historiker): Zu den drei Fragen, zunächst zu den Rückzahlungen nach BEG. Sie haben völlig recht, das Bundesergänzungsgesetz von 1953, aus dem später das BEG wurde, bestimmte, dass es diejenigen zu entschädigen galt, die aus politischen Gründen, aus Gründen der Rasse oder aus religiösen Gründen verfolgt wurden und denen in unterschiedlicher Form Unrecht zugefügt wurde. Da zu den Tatbeständen Verfolgung aus Gründen des Glaubens

gehörte, waren die Zeugen Jehovas eingeschlossen. Diejenigen Zeugen Jehovas, die beispielsweise in Sondergerichtsverfahren zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, weil sie sich verbotswidrig für die Glaubensgemeinschaft engagiert hatten, haben Entschädigungen erhalten. Diese Entscheidungen sind auch nicht wieder aufgehoben worden.

Was Sie ansprechen, ist die Regelung in § 6 BEG, die im Zuge des sich im kalten Krieg verschärfenden Antikommunismus eingeführt wurde. Darin heißt es, dass, wer nicht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt, das Recht auf Entschädigung verwirkt hat. Rückzahlungen aus solchen Motiven sind mir nicht bekannt.

Wir haben viel über Kriegsdienstverweigerung gehört. Die Kriegsdienstverweigerer hat es aus ganz anderen Gründen getroffen. In der Justiz herrschte in der Selbstwahrnehmung lange Zeit die Einstellung: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Also wurde gesagt, es sei nicht die Religion verfolgt worden. Es sei vielmehr darum gegangen, Leute abzuurteilen, die der jedem Deutschen auferlegten Pflicht zum Waffendienst nicht nachkamen. In diesen Fällen gab es keine Entschädigung. Das war ganz bitter, weil es vor allen Dingen um Hinterbliebene ging.

Da Sie sich selbst viel mit Militärgerichtsoffern befasst haben: Zeugen Jehovas, die das Glück hatten, nicht hingerichtet zu werden – das betraf aus unterschiedlichen Gründen eine kleinere Zahl der Kriegsdienstverweigerer – hatten mit allem zu kämpfen, was Wehrmachtsjustizopfer insgesamt traf. So haben sie keine Rentenanrechnungen erhalten und andere Benachteiligungen erlitten.

Zur Initiative der Betroffenen: Die hat es gegeben. Nach 1945 haben auch Zeugen Jehovas, die verfolgt worden waren, auf ihr Verfolgungsschicksal hingewiesen. Sie taten dies in eigenen Kreisen. Das war für die Glaubensgemeinschaft am Anfang ein Impuls, verstärkt tätig zu werden im Sinne von: „Wir haben es überstanden. Wir haben dem getrotzt.“ Aber auch im Rahmen der entstehenden Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) haben Zeugen Jehovas mitgewirkt.



Nur, im Zuge der politischen Auseinandersetzungen und der Teilung Deutschlands ist das Engagement von betroffenen Zeugen Jehovas zum Erliegen gebracht worden. In der SBZ/DDR wurde die VVN verboten und durch das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer ersetzt. Danach passierte jahrzehntelang von der Glaubensgemeinschaft nach außen hin nichts mehr. In den Eigenpublikationen, zum Beispiel in *Der Wachturm*, erscheinen immer wieder Berichte über die Verfolgungszeit, auch um sich gegenseitig zu stärken und ein Beispiel gegenüber der Welt zu geben.

Nach außen hin gab es nichts, es herrschte großes Misstrauen. Ich selbst hatte damals, aus Hamburg kommend, mit diesem Misstrauen zu tun. Bei einer großen deutschen Illustrierten, die später mit den „Hitler-Tagebüchern“ Furore machen wollte, gab es einen Investigativ-Journalisten, der sich taufen ließ und anschließend das Buch „Falschspieler Gottes“ veröffentlichte. Als mit mir dann wieder einer aus Hamburg kam, der mit den Zeugen Jehovas in Kontakt treten wollte, begegnete man mir mit größten Vorbehalten. Man befürchtete unlautere Motive. Das hat sich erst nach und nach verändert. Mittlerweile ist vieles in der Forschung aus Kreisen der Zeuginnen und Zeugen Jehovas selbst erbracht worden.

Zur gesellschaftlichen Abwehr gegen die Beschäftigung mit diesem Thema: Wir hatten schon gesagt, dass dies anderen auch widerfuhr. Es ist unglaublich, aber schon fast 40 Jahre her, dass ich meine Interviews mit Überlebenden geführt habe. Damals lebten ja noch relativ viele. Die gesellschaftliche Abwehr haben gerade die ehemalige Verfolgten sehr stark gespürt. Dass Leute sich belästigt fühlen, wenn jemand an ihrer Haustür klingelt, ist ihr gutes Recht. Aber Zeugen Jehovas ist widerfahren, dass Leute gesagt haben: „Dich hat der Hitler doch nur vergessen.“ Das tat natürlich weh.

SV **Uwe Neumärker** (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas): Um noch auf Ihre zweite Frage zu antworten, Herr Abg. Korte: Es hat einfach keinen interessiert, jahrzehntelang hat es in der Bundesrepublik Deutschland keinen

interessiert. – Die DDR ist ein besonderes Kapitel, darüber könnte ich als Zeitzeuge berichten. – In den späten 1980er-Jahren entstand endlich wieder ein Bewusstsein, und 1999 gab es den Bundestagsbeschluss mit dem Bekenntnis, aller Opfer würdig zu gedenken. Damit waren nicht nur die Juden, sondern auch alle anderen gemeint. Wenn Sie bedenken, wann die Denkmäler errichtet wurden: Das Holocaust-Mahnmal ist am 10. Mai 2005, 60 Jahre nach Kriegsende, eröffnet worden. Die anderen Denkmäler folgten 2008, 2012, 2014. Die Deserteure sind 2002 rehabilitiert worden, die „Berufsverbrecher“ und die „Asozialen“ 2020.

Wir haben eine wunderbare gewachsene Gedenkkultur, für die uns die Welt bewundert. Das heißt aber nicht, dass wir uns auf ein Podest setzen können und sagen: „Haben wir toll gemacht!“ Es dauert, es ist ein mühsamer Prozess und dieser mühsame Prozess ist nicht abgeschlossen, indem man ein Denkmal errichtet und die Eröffnungsfeier ganz wunderbar inszeniert. Eigentlich beginnt erst danach die Auseinandersetzung, die Forschung, die Vermittlung, die Öffentlichkeitsarbeit. Das ist der Weg, der noch vor uns liegt.

Ob das Mahnmal für die Zeugen Jehovas das letzte Denkmal für eine verdrängte Opfergruppe des Nationalsozialismus in dieser Stadt bleibt, wird sich zeigen. Es waren immer Initiativen aus der Zivilgesellschaft oder Interessengruppen, die diese Denkmäler initiiert haben. Der Deutsche Bundestag oder die Bundesregierung hat sich dann dieser Projekte angenommen, nicht umgekehrt. Das ist auch gut so. Der Beschluss des Deutschen Bundestages lautete, dass es keine Opfer zweiter Klasse geben darf. Insofern darf auch keine Opfergruppe benachteiligt werden. Das gilt für jetzt wie für die Zukunft.

Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.): An Herrn Prof. Dr. Garbe als Hauptexperten in dieser Frage: Wie weit ist die Forschung eigentlich, was die Täterstrukturen angeht? Das muss ja jemand administriert haben. Du brauchst vor allem Juristen dafür, die ja auch in anderen Verfolgungskomplexen aktiv waren. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.



SV Prof. Dr. Detlef Garbe (Historiker):
Hauptakteur für die Verfolgung war im Fall der Zeugen Jehovas die Politische Polizei. Das war anders als bei anderen Opfergruppen. Bei der Verfolgung der Homosexuellen spielte beispielsweise die Kriminalpolizei die wichtigste Rolle. Die Zeugen Jehovas fielen hingegen in den Bereich der Politischen Polizei. Die Gestapo hatte hier speziell Mitte der 1930er-Jahre eines ihrer Hauptbetätigungsfelder. Das lag daran, dass die Zeugen Jehovas so aktiv waren und die Gestapo ihre eigene Daseinsberechtigung, den eigenen stark aufgewachsenen Personalstamm zu verteidigen hatte. Anderer Widerstand war ja inzwischen weitgehend zerschlagen.

Eine spezielle Verfolgung der gegen die Zeugen Jehovas gerichteten Gestapo-Täter gab es nicht. Verfolgt wurden NS-Täter nur im Gesamtkontext.

Der interessantere Punkt ist die Justiz. Es gab die „Bibelforscher-Verfahren“, das war ein feststehender Begriff. Die Sondergerichte haben in einer großen Zahl Zeugen Jehovas verurteilt. Die meisten der verfolgten Zeugen Jehovas sind durch die Justiz verfolgt worden. Nach 1945 gab es in der Justiz aber ein sehr unterbelichtetes Unrechtsbewusstsein.

Vorsitzende: Vielen Dank. Vielen Dank an Sie als Sachverständige, vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses. Wie Herr Abg. Hacker schon angekündigt hat, werden wir uns

relativ zügig, nämlich in der nächsten Ausschusssitzung am kommenden Mittwoch, 24. Mai, erneut mit dem Antrag befassen. Wir werden dann abschließend beraten. Ich habe hier heute großen Konsens gehört und gespürt, Sie vermutlich auch. Insofern dürften wir schon jetzt sicher sein, dass es eine positive Beschlussfassung geben wird. Wir werden diesen Beschluss auch dem Plenum des Deutschen Bundestages empfehlen. Dann wäre der Weg für das Denkmal/Mahnmal zur Erinnerung frei. Es gelingt nicht immer alles und es bleibt immer etwas offen, weil es nicht wieder gutgemacht werden kann. Aber das Denkmal wird sicherlich seinen Weg schnell nehmen können.

Herzlichen Dank. Herzlichen Dank an die Gäste, dass Sie da waren und sich für das Thema interessiert haben. Es wäre notwendig, dass sich noch mehr Menschen für das Thema interessierten, so wie auch für die anderen vergessenen oder verdrängten Opfergruppen. Dazu können wir einen Beitrag leisten, aber die Gesellschaft an sich auch. Solch ein Mahnmal/Denkmal ist ein guter Anlass, ein guter Punkt, zu dem man hingehen kann und an dem man etwas erklären kann, wo etwas öffentlich und sichtbar gemacht wird, was bisher im Verborgenen und nicht sichtbar war. Das ist ein guter Schritt.

Vielen Dank. Ich schließe die Anhörung und wünsche Ihnen allen noch eine gute Woche.

Schluss der Sitzung: 12:45 Uhr

Katrin Budde, MdB
Vorsitzende